

RAT DER STADT

Auszug aus der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2023

Zu Punkt 4.2 Würdigung der Bundeswehr (Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 05.09.2023)

Beratungsgrundlagen:

Drucksachen: 6721/2020-2025

6768/2020-2025 (Änderungsantrag AfD, TOP 4.2.1)

6776/2020-2025 (Änderungsantrag LiB, TOP 4.2.2)

Herr Schlifter erklärt, dass die FDP-Fraktion die beiden Änderungsanträge ablehne, da die Sicherheitspolitik kein kommunaler Schwerpunkt sei.

Er danke der Bundeswehr für ihren Einsatz während der CoronaPandemie.

Frau Taeubig erklärt für die Ratsfraktion Die Linke, dass diese eine Militarisierung der Gesellschaft generell ablehne. Sie spreche sich ausdrücklich auch gegen die Einladung von Jugendoffizieren der Bundeswehr in Schulen aus. Daher werde die Ratsfraktion Die Linke die Anträge ablehnen.

Herr Suchla betont, dass er froh sei über die gemeinsame fraktionsübergreifende Initiative. Die Bundeswehr sei ein wichtiger Bestandteil der Sicherheits- und Außenpolitik und der Gesellschaft. Der oft kritisch beurteilte Besuch in Schulen erfolge auf Wunsch der Schulen im Rahmen von sicherheitspolitischen Diskussionen.

Herr Dr. Sander erklärt, dass die Ratsgruppe AfD die Ehrung und Würdigung der Bundeswehr durch Kommunen begrüße. Allerdings dürfe dies nicht zur Verbreitung und Exportierung moralischer Werte missbraucht werden. Er befürchte, dass in den Schulen nicht nur Informationen über die Aufgaben der Bundeswehr weitergegeben würden, sondern darüber hinaus eine politische Einflussnahme erfolgen solle. Dies lehne die Ratsgruppe AfD ab und werde sich daher bei der Abstimmung über diesen Punkt des Antrags enthalten. Der Ziffer 3 des Antrages stimme seine Ratsgruppe zu. Daher beantrage er die getrennte Abstimmung der Punkte 3 und 4. Sodann begründet Dr. Sander den Änderungsantrag der Ratsgruppe AfD.

Unter Bezug auf die Ausführungen von Frau Taeubig betont Frau Rammert, dass sie die Bundeswehr als Schutz für die Menschen schätze und sich gleichzeitig für Frieden einsetze. Konsens sehe sie bei Punkt 4 des Antrags, da die Schülerinnen und Schüler in einem Alter seien, in dem die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen sei. Sie beantrage daher die getrennte Abstimmung von Ziffer 4 des Antrages.

Frau Oberbäumer kritisiert, dass sich ihrer Meinung nach die Bundeswehr nicht ausreichend den Normen des Grundgesetzes verpflichtet fühle.

Herr Nettelstroth hebt die Besonderheit des gemeinsamen und fraktionsübergreifenden Antrags hervor. Er weist darauf hin, dass die Bundeswehr als „Staatsbürger in Uniform“ unsere Werte und Rechte verteidige. Dies fordere den Respekt der Gesellschaft. Er sei froh, dass in diesem Land eine kommunale Würdigung der Bundeswehr möglich sei.

Herr Gugat begründet seinen Änderungsantrag und weist darauf hin, dass bei diesem Thema Ambiguitätstoleranz gefordert sei. Die Wichtigkeit der Bundeswehr, auch zur Verteidigung der Freiheit, sei anzuerkennen. Dennoch spreche er sich gegen eine Sonderstellung der Bundeswehr und für ihre Normalisierung in der Gesellschaft aus. Die Bediensteten der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks seien genauso „Staatsbürger in Uniform“ und sollten daher entsprechend wie die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gewürdigt werden.

Sodann bittet Herr Oberbürgermeister Clausen um Abstimmung über die Anträge.

Der Rat der Stadt Bielefeld lehnt den Änderungsantrag der Ratsgruppe AfD (Drucks. 6768/2020-2025) auf Erweiterung der Abschnitte 3 und 4 des gemeinsamen Antrags der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Drucks. 6721/2020-2025) mit Mehrheit ab, die Veteraninnen und Veteranen bei den Würdigungen und Teilnahmen ebenfalls zu berücksichtigen.

Der Rat der Stadt Bielefeld lehnt den Änderungsantrag des Einzelvertreters Herrn Gugat [LiB] (Drucks. 6776/2020-2025) auf Ergänzung des Antrags der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Drucks. 6721/2020-2025) bei einigen Enthaltungen mit Mehrheit ab, Personen der Feuerwehr und des THW bei den Würdigungen und Teilnahmen ebenfalls zu berücksichtigen.

Herr Oberbürgermeister Clausen bittet nun um Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Drucks. 6721/2020-2025), getrennt für die Ziffern 1, 2, 5, 6 und 7 und die Ziffern 3 und 4.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

- 1. Die Angehörigen der Bundeswehr sind „Staatsbürger in Uniform“, die die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder Staatsbürger haben, jedoch den Werten und Normen des Grundgesetzes besonders verpflichtet sind. Sie sind Angehörige einer Parlamentsarmee, die unserer Wertschätzung sicher sein kann. Sie schützt gemeinsam mit unseren Bündnispartnern unsere Sicherheit und leistet Hilfe im Inneren. Daher bekennt sich der Rat der Stadt Bielefeld uneingeschränkt zur Bundeswehr. Darüber hinaus spricht der Rat der Stadt Bielefeld seine Dankbarkeit für die geleistete um-**

fangreiche Unterstützung durch Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der Corona-Pandemie aus.

- 2. Die Stadt Bielefeld erklärt ihre Bereitschaft, der Bundeswehr bei Veranstaltungen im Bereich der Stadt auf Wunsch Raum zur Präsentation zu geben.**
- 3. Die respektvolle Würdigung von im Einsatz verstorbenen Soldatinnen und Soldaten aus unserer Stadt ist der Stadt Bielefeld ein wichtiges Anliegen. Für Fragen, die in diesem Zusammenhang entstehen, soll grundsätzlich die Oberbürgermeisterin / der Oberbürgermeister zuständig sein, die bzw. der Festlegungen in enger Abstimmung mit den betroffenen Familien vornimmt.**
- 4. Auf der Basis der Kooperationsvereinbarung zwischen dem NRW-Schulministerium und der Bundeswehr kann auch weiterhin auf Wunsch der Schulen eine Teilnahme von Jugendoffizieren der Bundeswehr an sicherheitspolitischen Diskussionen stattfinden. Antrag vom 12.09.2023 – Seite 2 von 2 „Würdigung der Bundeswehr“.**
- 5. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt die bestehende Patenschaft des Stadtbezirks Heepen für eine Einheit der Bundeswehr. Die Verwaltung wird gebeten, diese Patenschaft bei Bedarf zu fördern und zu unterstützen.**
- 6. Die Verwaltung wird gebeten, sicherzustellen, dass die örtlichen Repräsentationspersonen der Bundeswehr bei Einladungen zu öffentlichen Anlässen der Stadt Bielefeld im Verteiler berücksichtigt ist. Der Rat regt an, für die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr eine feste Ansprechperson in der Verwaltung zu etablieren.**
- 7. Der Rat begrüßt die gute Zusammenarbeit der Stadt mit dem Kreisverbindungskommando in den verschiedenen Bereichen und erwartet die Unterstützung der Verwaltung auf allen Ebenen.**

Abstimmung:

Ziffern 1, 2, 5, 6, 7: bei einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen
Ziffer 3: bei einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen
Ziffer 4: bei einer Enthaltung mit Mehrheit beschlossen

-.-.-